Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 18. Oktober 2016

Niederschrift
über die 22. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 12.10.2016
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:07 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung / während**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	
Herr Jörg Schmidt	
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	bis TOP 3.
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	
Herr Kai Grünler	
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	
Stellvertretendes Mitglied	
Frau Uta Seidel	Vertretung für Frau Claudia Hänsel

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Sven Gerbeth	entschuldigt
Frau Claudia Hänsel	entschuldigt
Beratendes Mitglied	
Herr Uwe Geisler	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Frau Swierzy	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Helbig	FBL Sicherheit und Ordnung	gesamte Sitzung
Herr Götz	Bereichsjurist GB II	gesamte Sitzung
Frau Queck-Hänel	FGL Allgem. Ordnungsangelegenheiten	gesamte Sitzung

Gäste

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Reuter	Leiter Polizeirevier Plauen – gesamte Sitzung
Frau Voigt	Erste Kriminalhauptkommissarin vom Polizeirevier Plauen – ges. Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Vertreter der Presse	öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschriften über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.08.2016 sowie der 21. Sitzung am 14.09.2016
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.09.2016
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)
3. Information
Information zum Stand der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Plauen
- Antrag der CDU-Fraktion zum Sicherheitskonzept der Stadt Plauen, Reg.-Nr. 134-16 -
Stellungnahme der Verwaltung
Drucksachennummer 455/2016

1. Eröffnung der Sitzung

Die 22. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Er begrüßt als Gäste Herrn Reuter, Leiter vom Polizeirevier Plauen, und Frau Voigt, Erste Kriminalhauptkommissarin vom Polizeirevier Plauen.

Ferner merkt Oberbürgermeister Oberdorfer an, dass der TOP Sicherheit und Ordnung auch im nichtöffentlichen Teil angesetzt wurde und bittet um Beachtung bei der Information hinsichtlich des Datenschutzes.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 22. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschriften über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.08.2016 sowie der 21. Sitzung am 14.09.2016

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschriften über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.08.2016 sowie der 21. Sitzung am 14.09.2016 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.09.2016

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt den Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.09.2016 bekannt.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt die Einstellung von Herrn Ralf Zobel als Leiter des Fachgebietes Informationstechnik im Geschäftsbereich I zum 01.12.2016, spätestens aber zum 01.01.2017.

Er merkt an, dass Herr Zobel zum 01.01.2017 zur Verfügung stehen wird.
Bei Interesse, wird Oberbürgermeister Oberdorfer veranlassen, dass sich Herr Zobel im Verwaltungsausschuss vorstellt.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer berichtet über die 2tägige Reise einer Delegation aus 9 Personen zur „Patenschaftsbesatzung“ des U-Bootes U 36. Er geht auf die Beweggründe zur Übernahme einer Patenschaft, auf das Zeremoniell der Feierlichkeit in Eckernförde und das Zusammentreffen mit der Besatzung ein.
Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass 4 weibliche Besatzungsmitglieder an Bord sind. Davon ist eine Kameradin die Stellvertreterin des Kapitäns. Das U-Boot wurde am vergangenen Montag in Betrieb genommen. Für kommendes Jahr hat die Besatzung einen Gegenbesuch angekündigt.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, berichtet, dass der Vizeadmiral an die U-Boot-Tradition Plauens erinnerte sowohl hinsichtlich der U-Boot-Kriegsführung als auch der Zivilcourage zugunsten der Menschlichkeit.

2. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass der

Vogtlandkreis offiziell eine Notfall-Warn-App zur Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen zum Einsatz bringt. Er hätte gern gewusst, ob sich die Stadt Plauen daran beteiligt und wenn ja, ab wann das wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

3. Information
Information zum Stand der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Plauen
- Antrag der CDU-Fraktion zum Sicherheitskonzept der Stadt Plauen, Reg.-Nr. 134-16 -
Stellungnahme der Verwaltung
Drucksachennummer 455/2016

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass Ausgangspunkt der Antrag der CDU-Fraktion war, die Informationsvorlage zu erstellen. Er führt in die Thematik ein und bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das Ziel der öffentlichen Ordnung und Sicherheit von der Stadtverwaltung, der Polizei und allen Fraktionen getragen wird. Zum weiteren Ablauf schlägt er vor, dass Frau Queck-Hänel, FGL Allg. Ordnungsangelegenheiten, anhand einer Präsentation einen Überblick zu den Ordnungsbereichen der Stadt gibt. Danach würde er das Wort Herrn Reuter und Frau Voigt übergeben, die aus Sicht der Polizei zum Thema ausführen. Im Anschluss erhält der Antragsteller das Wort und es können weitere Wortmeldungen erfolgen.

Frau Queck-Hänel, FGL Allgem. Ordnungsangelegenheiten, führt anhand einer Präsentation zu den Aufgaben des FG Allgemeine Ordnungsangelegenheiten der Stadt Plauen aus. Sie geht dabei auf Blitzer, Anleinpflicht, Pinkler u. a. ein.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Ergebnis der Debatte soll sein, dass die Situation der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Plauen nicht nur in den Voraussetzungen sondern auch in der Umsetzung zu verbessern ist.

Er übergibt das Wort an Herrn Reuter, Leiter Polizeirevier Plauen, und Frau Voigt, Erste Kriminalhauptkommissarin vom Polizeirevier Plauen.

Herr Reuter, Leiter Polizeirevier Plauen, beginnt seine Ausführungen damit, dass der Polizeivollzugsdienst enger Partner der Stadt ist. Er geht weiter auf einen Artikel in der Presse ein, indem ein Vergleich vom Park vor der Stadthalle Chemnitz zum Lutherpark der Stadt Plauen gezogen wurde. Es gab Gespräche mit Bürgermeister Sárközy, die vorhandene Drogenszene im Lutherpark wie 2015 nicht wieder aufkommen zu lassen. Nun gibt es andere Erscheinungen in der Plauener Innenstadt.
Die Polizeidirektion ist momentan mit einer exakten Aufarbeitung der Faktenlage für die Innenstadt von Plauen beschäftigt. Genaue Zahlen wird er dazu nicht nennen können. Er stellt voran, dass alle dargestellten Maßnahmen immer aus Sicht der temporären Entwicklung betrachtet werden sollten. Von Seiten der Stadt und der Polizeidirektion besteht Einigkeit, dass durch Videoüberwachung die Begehung von Straftaten im Bereich Postplatz und ca. 500 m Umkreis nicht verhindert werden kann. Die aufgedeckten Probleme sind u. a. Schicksale von Jugendlichen, die unter Alkoholeinfluss Straftaten begehen. Auch einen Drogenmarkt gibt es in Plauen. Es wird versucht, gemeinsam mit dem Ordnungsamt einen Modus zu finden, in der Innenstadt des Öfteren durch Einsatzkräfte Präsenz zu zeigen, was aufgrund der Personalsituation nicht über den gesamten Zeitraum möglich sein wird. Zur Verstärkung werden Bürgerpolizisten reaktiviert.
Er weist darauf hin, dass es durch die erhöhte Präsenz einen Verdrängungseffekt geben könnte und

das Problem verschoben wird.

Frau Voigt, Erste Kriminalhauptkommissarin vom Polizeirevier Plauen, macht darauf aufmerksam, dass die Ermittlung und Festnahme der Täter nicht automatisch zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl führt. Gegen verschiedene Gruppierungen wird ermittelt. Durch polizeiliche Ermittlungen allein, wird das Problem nicht zu klären sein. In den letzten Monaten wurden speziell in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern präventive Ansätze gesucht.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, spricht an, dass sich die Sicherheits- und Ordnungslage speziell auf dem Tunnel in den letzten Wochen und Monaten verändert hat. Der Tunnel ist ein repräsentativer Ort - auch mit Blick auf das neue Landratsamt. Eine Aufgabe von Stadträten ist es, sich den Ängsten, Sorgen und Nöten der Bürger - auch wenn sie nur subjektiv sind - anzunehmen. Die Fraktion möchte eine vernünftige Lösung finden und eine Verbesserung erzielen.
Er geht auf den Antrag seiner Fraktion ein und spricht das Personalproblem an. Darüber hinaus geht er auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Nach Erkundigung im Innenministerium Sachsens hat der Stadtrat bei auftretenden Missständen durchaus Mitspracherecht. Stadtrat Schmidt würde eine fraktionsübergreifende Debatte begrüßen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, hält die Voraussetzungen unter denen die Diskussion geführt wird für nicht schlecht. Auch in der Personalumstrukturierung gab es Änderungen und bei der Personalausstattung wird etwas getan. Herr Helbig, FBL Sicherheit und Ordnung, und Frau Queck-Hänel, FGL Allgem. Ordnungsangelegenheiten, waren in der Fraktionssitzung und haben dazu informiert. Stadtrat Zabel hatte da schon das Gefühl, dass in der Vergangenheit bereits einiges getan wurde. Im Vergleich zu anderen sächsischen Kommunen ist die Stadt recht gut aufgestellt.
Stadtrat Zabel stellt an Herrn Reuter folgende Fragen:

1. Wie können Verabredungen bezüglich Zusammenarbeit, Austausch, gemeinsame Streife besser erfolgen?
2. Wie wirkt sich konkret die Einführung der Wachpolizei auf das Polizeirevier Plauen aus?

Stadtrat Zabel führt weiter aus, dass hier über originäre Aufgaben der Polizei gesprochen wird. Er geht auf den Stellenabbau bei der Polizei ein. Wie bereits von Frau Queck-Hänel ausgeführt, muss die Kommune schon jetzt immer mehr übergeordnete Aufgaben übernehmen. In dem Zusammenhang spricht er die Videoüberwachung und deren Auswertung an.
Fakt ist, Kriminalität - ob von Deutschen oder Ausländern - Drogenhandel, Saufgelage usw. ist nicht akzeptabel. Ziel muss die Stärkung der Ortspolizeibehörde sein durch ausreichend, gut ausgebildete, qualifizierte und gut ausgestattete Mitarbeiter der Verwaltung. Er sieht dabei Herrn Oberbürgermeister und die Personalverwaltung in der Pflicht und wird das in die Haushaltsdebatte einbringen.
In der inhaltlichen Diskussion mit dem Ordnungsamt ist deutlich geworden, dass es durchaus mit dem Thema Integration an dieser Stelle ein Problem gibt. Verbote und Videoüberwachung werden das Problem nicht lösen. Die Fraktion würde sich dafür aussprechen, in der Stadt Plauen die Ortspolizeibehörde zu stärken.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist offen für Vorschläge, wie die Situation in der Stadt Plauen verbessert werden kann. Die landespolitischen Dinge können nur zur Kenntnis genommen werden.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, stellt fest, dass das Thema schon jahrelang favorisiert wurde und sich die Diskussion in den letzten Wochen und Monaten zugespitzt hat. Die Akzeptanz des Ordnungsamtes bzw. der Politessen ist nicht gegeben. Er schlägt vor, die vorhandenen Mitarbeiter des Fachgebietes Ordnung und Sicherheit strukturell, zeitlich, lokal und schwerpunktmäßig einzusetzen, damit die Bürger das Gefühl einer Verbesserung erhalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass von 14 nur 11 aktive Ordnungsamtsmitarbeiter zur Verfügung stehen. Drei Planstellen sind nicht besetzt.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, erklärt, dass die 3 Planstellen extern ausgeschrieben sind und im Moment ein Auswahlverfahren erfolgt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Helbig, im Hinweis von Stadtrat Weiß eine Aufforderung zu sehen und diese aufzugreifen, inwieweit die 14 Mitarbeiter des Ordnungsbereiches zeitlich punktuell durch andere Personen des Bereiches unterstützt werden können.

Stadtrat Schmidt findet den Ausflug von Stadtrat Zabel in die Landespolitik als unangebracht. Auf diese neue Situation muss man sich nun einstellen. Das wurde in Dresden erkannt und auch umgesetzt. Das Problem in Plauen ist die Nichtumsetzung der Polizeiverordnung. Keiner stellt Plauener Bürger unter Generalverdacht, wenn eine Videoüberwachung an diesem speziellen Platz angebracht wird. Es wird keine Überwachung rund um die Uhr erwartet. Bei einer 2 bis 3maligen Streife zu besonderen Anlässen, wird sich die Sicherheitslage wahrscheinlich verbessern. Zum Alkoholverbot merkt er an, dass bei Ausspruch desselben auch ein Platzverweis ausgesprochen werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer würde sofort anbieten, einen Sicherheitsdienst zu Schwerpunktzeiten einzustellen. Diese Maßnahme hat schon einmal Wirkung gezeigt. Er wiederholt, dass sein Ziel ist, gemeinsam mit den Fraktionen am Ende der Debatte eine verbesserte Situation in der Stadt Plauen zu haben. Welche Maßnahmen und in welchem Umfang ist zu klären. Nach Vorlage der Faktenlage durch die Polizei, erfolgt eine nochmalige Beratung mit den Fraktionen.

Herr Reuter zu den Fragen von Stadtrat Zabel:
Die Auseinandersetzungen in Bautzen haben zu einigen Sofortentscheidungen geführt. Die Großstädte sind zum Teil schon mit Wachpolizei ausgestattet. Für die Polizeidirektion Plauen ist dies für Anfang kommenden Jahres avisiert.
Er bittet, aus den Print-Medien nicht auf ein mehrheitliches Gefühl abzuleiten und Vorsicht walten zu lassen. Medien sind wichtig, haben aber eine Gefahr in sich, dass Verallgemeinerung stattfindet, Tendenzen scheinbar sichtbar gemacht und Trends unterstellt werden.
Es wird erwartet Präsenz zu zeigen. Die Polizei wird mit Einsatzkräften vor Ort sein, wenn es akzeptabel ist und andere Maßnahmen nicht stört. Mehr möchte er dazu nicht ausführen.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., hält eine Videoüberwachung am Tunnel für überzogen und verweist auf § 33 Sächsisches Datenschutzgesetz. Ebenfalls sollten die Personalkosten für die Auswertung der Überwachungsbänder bedacht werden. Er würde sich für ständige Präsenz durch das Ordnungsamt aussprechen.

Herr Reuter empfiehlt, in Vorbereitung der Debatte entsprechende Recherche zum Thema anzustreben. Er verweist u. a. auf eine Veröffentlichung im Internet „Die unsichtbare Stadt“ von Dipl.-Ing. Grit Koalick der Technischen Universität Dresden aus dem Jahr 2007.
Er weist darauf hin, dass der Landesdatenschutzbeauftragte das Thema „Videoüberwachung im öffentlichen Raum“ als eine schwierige Materie sieht.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, möchte an alle herantragen, dass in dem Vortrag von Frau Queck-Hänel dargelegt wurde, was wir nicht können. Es sollte sich darüber unterhalten werden, was getan werden kann, ohne gegenseitige Schuldzuweisungen.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., zweifelt an, dass eine Videoüberwachung die Lösung ist. Er würde sich für eine stärkere Präsenz durch die Bürgerpolizei auch in Wohngebieten aussprechen, um die polizeiliche Ordnung zu befördern.

Stadtrat Weiß sieht auch ein Problem bei der Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit, nach Feststellungen durch das Ordnungsamt. Auch die von Stadtrat Zabel angesprochene Kürzung der Finanzmittel zur Jugendarbeit ist nicht der alleinige Grund. Es sollten punktuell Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden. Eine Verbesserung ist bereits eingetreten in der Straßenbahn, in Zügen usw. nach Einsatz der Videoüberwachung. Eine ständige Videoüberwachung ist nach seiner Ansicht nicht erforderlich.

Herr Grünler würde das Geld für Streetworker und die Jugendarbeit einsetzen und direkten Kontakt zu den Menschen suchen, anstatt mit Hilfe von Technik alles zu überwachen. Wenn in Überwachungstechnik investiert wird, muss auch eine Auswertung erfolgen, ansonsten wäre es rausgeworfenes Geld. Er weist darauf hin, dass er Zertifizierter Datenschutzbeauftragter ist.

Herr Volker Freitag, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., ist der Auffassung, dass in der Polizeiverordnung alles geregelt ist. Wenn Bestimmungen erlassen werden, ist auch für deren Durchsetzung und eine ordentliche Kontrolle Sorge zu tragen.
Wie in der Vorlage genannt, bedeutet das auch einen Mehraufwand an finanziellen Mitteln.
In der Haushaltsdebatte sollte dies Beachtung finden.
Er weist darauf hin, dass die Innenstadt in der bisherigen Diskussion explizit genannt wurde. In den Stadtbezirken und Ortsteilen gibt es ähnliche Erscheinungsformen.

Oberbürgermeister Oberdorfer glaubt, dass insbesondere das Benehmen zu bemängeln ist.

Herr Helbig, FBL Sicherheit und Ordnung, fasst zusammen und bringt zum Ausdruck, dass die Polizeiverordnung für alle Gültigkeit hat und auch von den Leuten am Tunnel einzuhalten ist.
2011 gab es verstärkt Probleme. Es wurde ein Sicherheitsdienst eingesetzt, der Präsenz zeigte. Anzeigen gegen Pinkler gab es nicht.
2015 erfolgte die Entscheidung, die Mitarbeiter des FG Sicherheit und Ordnung (Politessen) zu qualifizieren, um mit dem jetzt vorhandenen Personal Lösungen zu finden.
Dazu sind eine gute Ausbildung, Geld für die Qualifizierung und Selbstverteidigung nötig.
Bei der Umstrukturierung wurden Politessen im Vollzugsdienst eingesetzt. Punktuell kommen auch aus anderen Bereichen des Fachgebietes Mitarbeiter zum Einsatz. Viel Personal wird der Polizei für Zeugentätigkeit zur Verfügung gestellt. Zwischen 4 und 6 Mitarbeiter sind am Tag gebunden – nicht nur Vollzugsdienst- auch Innendienstmitarbeiter. Auch bei Stadtfesten sind Innendienstmitarbeiter eingesetzt. Er weist darauf hin, dass auch Fristen bei Verfahren eingehalten werden müssen. Operative Maßnahmen wie Platzverweise werden jetzt schon erteilt auch ohne Alkoholverbot. Momentan wird geprüft, zusätzlich zu Platzverweisen bei Straftaten auch Aufenthaltsverbote auszusprechen.
Herr Helbig möchte nicht, dass sich alle die am Tunnel sitzen unter Generalverdacht sehen.
Hier ist Sozialarbeit erforderlich, sonst ist es nur eine Verlagerung. Ein gänzliches Alkoholverbot wird nicht funktionieren. Gemeinsame Fußstreifen mit der Polizei sind sicherlich machbar.
Er informiert, dass zur „Videoüberwachung“ die Stellungnahme der Datenschutzbeauftragten vorliegt. Frau Fielitz wird als Datenschutzbeauftragte in die Beratung mit einbezogen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt den öffentlichen Teil der Sitzung des Verwaltungsausschusses für beendet.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den 18.10.2016

Jörg Schmidt
Stadtrat

Plauen, den

Winkler
Schriftführer

Christian Hermann
Stadtrat